Haben wir noch Rechte?

Österreich mausert sich vom Rechtsstaat zum Pflichtenstaat, der sich durch eine ausufernde Verbotskultur inklusive Sanktionierungen auszeichnet. alles roger? sprach mit Top-Anwalt Dr. Egon Engin-Deniz über Privatrechte, die immer mehr von Pflichten überschattet werden.

Text: Martina Bauer

Die Bevormundungs- und Verbotskultur treibt in Österreich bunte Blüten. Darüber hinaus weiß kaum mehr jemand, was er eigentlich darf und was nicht. Die Obrigkeitshörigkeit nimmt ebenso zu wie die Angst. Das scheint Kalkül zu sein, denn je mehr sich die Bürger fürchten, desto mehr muss sie der Staat beschützen. Zumindest gibt er das vor, um all die skurrilen Maßnahmen durchzusetzen.

„Die ganze Verbotskultur beruht darauf, dass man sagt: ‚Das ist im Sinne des Allgemeinwohls, und dafür muss man individuelle Bedürfnisse zurückstecken.' Das ist ein großer Eingriff in die Freiheit des Individuums. Alle Rechte korrespondieren immer mit Pflichten, und das läuft auf die Beschneidung der individuellen Rechte hinaus", so Dr. Engin-Deniz, der auch erklärt, dass diese ganze Verbotskultur eine Eigenheit des österreichischen Gesetzgebers ist: „Es sind ja nicht nur die Verbote, denn die werden hierzulande immer gleich mit Verwaltungsstrafen sanktioniert. Das ist das Problem der verrechtlichten Gesellschaft, in der wir leben. Das hat zur Folge, dass man Leute für ganz nichtige Dinge anzeigen kann. Das ist in anderen Ländern nicht so."

Generell scheint der Gesetzgeber immer ein Wenn oder Aber parat zu haben. Man darf zwar zu Hause oder auf seinem Balkon so viel rauchen, wie man will, aber nur dann, wenn alle anderen Bürger vor der Immission geschützt sind. Es ist also eine Frage des Maßes. „Bei Zuwiderhandeln wird man zwar nicht die Wohnung verlieren, aber eine Unterlassungsklage oder eine Zwangsstrafe kann man dafür bekommen", sagt Dr. Engin-Deniz.

Einzig und allein im Fasching ist alles erlaubt. Fast alles, denn wer sich zum Beispiel bei einer Faschingsgilde als IS-Terrorist verkleidet, dem kann der Tatbestand „Gutheißen von terroristischen Straftaten" nachgesagt werden, was wiederum eine Bestrafung im Sinne des Verhetzungsparagraphen nach sich ziehen kann.

Witze über Politik und Religion darf man machen, das ist Ausdruck von Meinungsfreiheit, wenn sie nicht in die Herabwürdigung oder ins Lächerlichmachen einer religiösen Lehre münden. Das ist dann ein Strafbestand und gilt für alle anerkannten Kirchen und Religionen in Österreich.

In Hass sollten diese Witze auch nicht ausarten, denn Hass-Postings sind nun per Gesetz strafbar. Das sind solche, die üble Nachrede, Kreditschädigung, den Aufruf

zur Verfolgung oder das Aufhetzen gegen eine Person beinhalten. Ziel ist der Schutz gegen Mobbing, was ja nicht schlecht ist. „Allerdings hat der Gesetzgeber verabsäumt, genau zu definieren, welche Aussagen darunterfallen. Das muss also erst ausjudiziert werden“, verrät Dr. Engin-Deniz.

Es ist nicht einfach, im Gesetzesdschungel den Durchblick zu behalten. Vor allem immer mehr Unternehmer verzweifeln. Allen voran die Wirte, die wegen der hohen Auflagen vermehrt ihre Häuser zusperren. Das bestätigt auch der Anwalt, der sagt: „Man kann alles übertreiben, aber mit den Verordnungen (Allergenverordnung, Rauchverbot, Registrierkassenpflicht, Investitionen für die Barrierefreiheit, Belüftung etc.) werden kleine Unternehmer und private Initiativen immer mehr zurückgedrängt. Es ist ganz klar eine Einschränkung der Erwerbsfreiheit, was ein EU-Phänomen ist. Auch hier wird der fürsorgliche Gedanke vorgeschoben.“

Klaus Schöndorfer hat in Stein an der Donau kein Wirtshaus, aber eine Trafik, und auch ihm platzte ob der Registrierkassenpflicht der Kragen. „Durch diese schwachsinnige Verordnung benötigen wir mehr als 300 zusätzliche Kassarollen pro Jahr, und wir sind kein großes Geschäft. Hochgerechnet ist das 24 Kilometer zusätzlicher Papierverbrauch. Auf Klimagipfeln beweihräuchern sich die Politiker und nebenbei produzieren wir tonnenweise giftigen Bisphenol-A-haltigen Müll (das Thermopapier der Kassarollen enthält schädliches Bisphenol-A – Anm. d. Red.) den niemand braucht“, schreibt er auf seiner Facebook-Seite in einem offenen Brief an Finanzminister Schelling.

Binnen kurzer Zeit wurde dieser Beitrag mehrere 1.000 Mal geteilt. Untermauert hat Schöndorfer seine Zeilen mit einem Foto (anbei), das eine Schachtel voller Belege zeigt, und zwar von einem einzigen Tag. „Die Kunden sagen ‚Danke, brauche ich nicht‘, ‚Interessiert mich nicht‘, ‚Nehm ich trotzdem nicht mit‘, ‚Der Finanzminister kann mich …“, und Ähnliches. Diese Belege blieben im Geschäft, andere wiederum nehmen sie mit und schmeißen sie draußen weg“, erzählt der Trafikant, dem – wie so vielen anderen Bürgern – jegliches Verständnis für diese Pflicht abgeht. Das Recht, diesen Wahnsinn zu ändern, haben wir nicht.